


173. Sitzung, Montag, 2. Mai 2022, 09:15 Uhr

 Vorsitz: *Benno Scherrer (GLP, Uster)*
Esther Guyer (Grüne, Zürich)
Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
 Ratsprotokoll zur Einsichtnahme
 Zuweisung von neuen Vorlagen
- 2. Wahl Geschäftsleitung Kantonsrat für das Amtsjahr 2022-2023..... 4**
 KR-Nr. 134/2022
- 3. Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion KR-Nr. 257/2018 betreffend Jugendschutz auf E-Zigaretten & Co. ausweiten..... 19**
 Antrag des Regierungsrates vom 23. Februar 2022 und gleichlautender Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 31. März 2022
 Vorlage 5800a (*schriftliches Verfahren*)
- 4. Anti-Littering – Grundlage für Bussen 19**
 Parlamentarische Initiative Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), Maria Rita Marty (SVP, Volketswil), Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) vom 4. Oktober 2021
 KR-Nr. 354/2021
- 5. Änderung § 35 Abfallgesetz des Kantons Zürich (AbfG) – Anti-Littering – Effektive Ahndung 26**
 Parlamentarische Initiative Maria Rita Marty (SVP, Volketswil), Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht) vom 4. Oktober 2021
 KR-Nr. 355/2021

6. Verschiedenes 29

Rücktrittserklärungen

Einladung zum Apéro riche

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

1. Mitteilungen**Geschäftsordnung**

Ratspräsident Benno Scherrer: Ich begrüsse Sie im wunderschön (*mit Blumen*) geschmückten Ratssaal. Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

- Protokoll der 171. Sitzung vom 11. April 2022, 8.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

- **NOK-Gründungsvertrag (Aufhebung; Ablösung durch einen Aktionärsbindungsvertrag und eine Eignerstrategie), Energiegesetz (Änderung; Beteiligung an der Axpo Holding AG), EKZ-Gesetz (Änderung; Beteiligungen)**

Vorlage 5813

- **Für einen attraktiven und leistungsfähigen öffentlichen Verkehr**

Parlamentarische Initiative KR-Nr. 416/2021

- **Abfallvermeidung bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund**

Parlamentarische Initiative KR-Nr. 425/2021

- **Flüsterbeläge: Bauen an Strassen ermöglichen**

Parlamentarische Initiative KR-Nr. 53/2022

Zuweisung an die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung des Jahresberichts der Zürcher Fachhochschule für das Jahr 2021**

Vorlage 5815

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung des Jahresberichts der Universität Zürich für das Jahr 2021**

Vorlage 5816

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Einzelinitiative KR-Nr. 306/2020 betreffend «Für die Ausarbeitung einer kreditschaffenden Vorlage für die Erstellung einer Unterführung Winterthurerstrasse in Uster als Ersatz für den niveaugleichen Barrieren-Bahnübergang und Aufhebung des Kredites für die Strasse Uster West»**

Vorlage 5817

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Abrechnung des Rahmenkredits für die Ausrichtung von Subventionen gemäss § 8 des Einführungsgesetzes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz in den Jahren 2018–2021**

Vorlage 5407b

Zuweisung an die Spezialkommission Investitionspark:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Verpflichtungskredits für den Innovationspark Zürich (Teilgebiete A und B gemäss Synthesebericht)**

Vorlage 5819

- **Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Verpflichtungskredits für die Planung der Umsetzung des Konzepts «Aviatic Flugplatz Dübendorf»**

Vorlage 5820

- **Beschluss des Kantonsrates über die Teilrevision «Gebietsentwicklung Flugplatzareal Dübendorf» des kantonalen Richtplans**

Vorlage 5821

Zuweisung an die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) für das Jahr 2021**

Vorlage 5824

- **Verbesserte Corporate Governance bei der Gewinnausschüttung der ZKB**

Parlamentarische Initiative KR-Nr. 96/2022

Zuweisung an die Justizkommission:

- **Wohnortswechsel nach Rapperswil, Antrag um Erlaubnis zur Weiterführung des Amtes als Handelsrichter im Sinne von § 24 GPR bzw. § 35 ff. GPR (d.h. bis zur Beendigung der laufenden Amtsdauer)**

KR-Nr. 118/2022

– **Wahl des Gerichtspräsidiums durch das Steuerrekursgericht**

Parlamentarische Initiative KR-Nr. 42/2022

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

– **Qualitätswettbewerb statt Monopol bei den Lehrmitteln – für eine geleitete Lehrmittelfreiheit im Kanton Zürich**

Parlamentarische Initiative KR-Nr. 419/2021

2. Wahl Geschäftsleitung Kantonsrat für das Amtsjahr 2022-2023

KR-Nr. 134/2022

Rede des abtretenden Ratspräsidenten

Ratspräsident Benno Scherrer: Und nun komme ich zu meinem letzten Votum und anschliessend meiner letzten Amtshandlung, der Wahl meiner Nachfolge.

Es ist üblich, dass Ratspräsidenten am Schluss ihres Amtsjahres etwas sagen – ohne Zeitdruck, ohne Gefahr zu laufen, dass ihr Redefluss mit einem kräftigen Glockenschlag und dem berüchtigten «Ihre Redezeit ist abgelaufen» unterbrochen werden würde. Ich freue mich nun nochmals etwas sagen zu können, das nicht rein formalistisch ist. Im Präsidialjahr äussert man sich ja nicht persönlich, sondern als Hüter der Abläufe, Verkünder der Paragraphen – «keine Wortmeldung, so genehmigt» – und als Höhepunkt als Verleser der Würdigungen bei Rücktritten von geschätzten Kolleginnen und Kollegen.

Vor einem Jahr durfte ich hier meinen Dank für meine Wahl zum ersten grünliberalen Kantonsratspräsidenten aussprechen. Jetzt nach einem Jahr als Kantonsratspräsident möchte ich wieder danken, meinen Vizepräsidentinnen (*Esther Guyer und Sylvie Matter*) für die Unterstützung, das Rückenfreihalten und die angenehme Zusammenarbeit, meiner Fraktion ebenfalls für das Rückenfreihalten und die angenehme Zusammenarbeit und den Parlamentsdiensten, die es uns erst ermöglichen, unseren Job zu machen, weil sie uns die Struktur geben, damit wir das tun können, wofür wir gewählt sind und wofür wir brennen: zu legiferieren, zu gestalten, zu politisieren. Danke, Moritz von Wyss, Danke, Claudio Stutz, Danke, Heidi Baumann, Danke, Kathrin Wyss und Danke all denen, die täglich im Hintergrund für uns arbeiten.

Und nun ist es mir ein Anliegen, Ihnen, Frau Regierungspräsidentin (*Jacqueline Fehr*) für dieses Jahr zu danken. Du, geschätzte Jacqueline, hast mich mit einer fast schon «zäuftigen» Würdigung vor einem

Jahr hier überrascht und erfreut, hast selbstverständlich den Bogen zur Kultur gemacht, so wie du das als Kulturministerin bei jeder Veranstaltung mit Bravour machst. Jedenfalls habe ich dich immer nur so gehört. Leider aber habe ich dich zu wenig so gehört, weil wir doch nicht so viele gemeinsame Anlässe bestreiten konnten wegen der Pandemie (*Corona-Pandemie*) und deren Nachwehen. An einem Anlass, wo du mich einmal zur Kultur, zur Musik reden gehört hättest, an der Generalversammlung des Zürcher Blasmusikverbandes, konntest du leider, leider nicht teilnehmen. Als Kulturministerin wirst du jetzt in deinem Nach-Präsidualjahr und Nach-Corona-Jahr wieder besonders gefordert sein mit der Fülle an Veranstaltungen, die nun wieder stattfinden können und die deine Fachstelle unterstützt. Und du wirst politisch gefordert sein mit diversen Geschäften zu Kultur und deinen anderen Kernthemen «Integration» und «Teilhabe». Auch du hättest dir ein anderes, weniger schwieriges Präsidualjahr vorstellen können. Ich weiss aber, dass du herausfordernde Situationen gerne hast und dabei aufblühst.

In diesem Sinne und mit besten Dank für die fruchtbare Zusammenarbeit überreiche ich dir sehr gerne einen blühenden Frühlingsgruss. (*Applaus. Der Ratspräsident überreicht der abgetretenen Regierungsratspräsidentin einen Blumenstrauss.*)

Und als Kulturministerin bist ja auch Literaturministerin. Ich habe den Mitgliedern der Geschäftsleitung als Kantonsratspräsidentengeschenk einen Krimi gegeben: «Heisse Eisen» von Petra Ivanov. Es geht um einen Politiker und es geht um den Seeuferweg. Wenn Sie etwas Fantastisches dazu lesen wollen, dann lesen Sie das! (*Der Ratspräsident überreicht das Buch.*)

Werte Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Mitglieder der Regierung, Herr Ombudsmann (*Jürg Trachsel*), liebe Gäste, es hat mir ausserordentlich und durchwegs Freude gemacht, diesen Rat zu präsidieren, diese Sitzungen zu leiten, die Geschäftsleitungssitzungen zu leiten und den Kanton Zürich, unseren attraktiven und innovativen Kanton, an einigen Anlässen vertreten zu können. Ich sagte Ihnen, dass ich mich Ihnen und der Bevölkerung verpflichtet fühlen würde, mein Bestes zu geben. Ja, ich sagte «verpflichtet», aber so ein Amtsjahr fühlt sich an wie Kür, nicht Pflicht. Ich habe die Sitzungen gerne geleitet. Für einige war ich vielleicht zu schulmeisterlich unterwegs, dann ist es halt eine «déformation professionnelle». Und ja, ich schätze es nicht, wenn geschwätzt wird, anstatt zugehört, denn Zuhören gehört zum Parlamentsbetrieb, wie «parlare», wie «reden» und sonst müssten wir ja gar nicht reden. Nun, vielleicht erinnern sie sich an meine Worte

vor einem Jahr: Mehr bewegen statt nur reden. Selbstverständlich geht es darum, hier zu reden, und man darf über fast alles reden, einfach nicht über die Redezeit hinaus. Und so habe ich einige von Ihnen unterbrochen, was sonst nicht mein Stil ist. Konsequenz zu sein ist dann schon mehr mein Stil. Die Auswirkungen dieses Beharrens auf kurzen Redezeiten hingegen lassen sich sehen. Anfang Jahr waren auf der Traktandenliste insgesamt 132 Vorstösse. Aktuell sind es gut 100, aber dazukommen noch zwei Dutzend Anträge des Regierungsrates. Immerhin bei den parlamentarischen Initiativen liegen wir endlich innerhalb der gesetzlichen Frist. Und mit nur drei noch zu behandelnden parlamentarischen Initiativen kann ich meiner Nachfolgerin fast ein leeres Blatt abgeben. In der Baudirektion wartet der älteste Vorstoss nur noch zwei statt drei Jahre auf Behandlung und es sind noch deren 28 Vorstösse statt 45, trotz vieler Sitzungen, für einige von Ihnen trotz zu vieler Sitzungen. Diese Zahlen zu den erledigten und hängigen Geschäften sind für mich nicht Selbstzweck. Es geht doch hier im Rat darum, zeitnah Wirkung zu erzielen, und das scheint mir jetzt wieder eher möglich. Und das wollen wir ja auch – gerade vor den Wahlen. Was hat mein Präsidialjahr geprägt? Ich habe gleich in der ersten Sitzung gelitten, nämlich in der Richtplan-Debatte, die ich nicht an einem Morgen durchbrachte und die deutlich länger dauerte, als erhofft, auch wenn einzelne Rednerinnen und Redner sich an meine Wünsche hielten, ja, sogar meine Inputs zum Kurzfassen wiederholten. Und in der zweiten Sitzung kam das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) mit einem «Esel» (*Drehbuch für die Sitzungsleitung*) von 69 Seiten und 57 Abstimmungen – kein Wunder bei 134 Anträgen – und einer Diskussion um ein nicht traktandiertes Geschäft, um den Ordnungsantrag «ABG-Bericht vor SPFG» (*Bericht der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit zu den besonderen Vorkommnissen am Universitätsspital, KR-Nr. 58/2021*). Es brauchte also mehr Sitzungen und der schöne Fahrplan wurde über den Haufen geworfen. Und dann machte ich im November eine Fehleinschätzung, wie lange wohl debattiert werden würde. Ja, ich habe das Traktandum noch um 11.35 Uhr begonnen. Dass aber über einen Ergänzungsbericht zu einem dringlichen Postulat zum Uferweg (*Vorlage 5652a*) dann uferlos bis 12.28 Uhr diskutiert werden würde, also 53 Minuten lang, habe ich nicht antizipiert, und ich entschuldige mich nochmals dafür. Immerhin wurde dieser Ergänzungsbericht dann angenommen. Und wenn wir dieses Geschäft zu Beginn einer Sitzung begonnen hätten, die Diskussion wäre wohl noch stärker ausgeüfert.

Problemloser über die Bühne ging das Budget in Rekordzeit, aber auch weitere grosse Geschäfte wie das Bürgerrechtsgesetz (*Vorlage 5630*). Hier sehen wir ja am 15. Mai 2022 (*Termin der Volksabstimmung*), ob wir eine Lösung erarbeitet haben, die vor dem Souverän Bestand hat oder nicht. Und die letzte grosse Vorlage, das Selbstbestimmungsgesetz (*Vorlage 5594*), war eine Freude, ganz im Sinne von «mehr bewegen, statt nur reden».

Und dann haben wir uns auch noch mit uns selber beschäftigt: mit den Entschädigungen, unseren Abläufen und der Rückkehr in ein erneuertes Rathaus nach dessen Instandsetzung und Modernisierung. Insgesamt hatten wir 57 interessante, ergebnisreiche Sitzungen.

Es gab auch schwierige Momente in diesem Parlamentsjahr. Der schwierigste war sicher der Tod unseres geschätzten Kollegen und zweiten Vizepräsidenten Ruedi Lais, der diesen Rat über 20 Jahre mit seinem Sachverstand geprägt hat und der eine grosse Lücke hinterlässt. Vor schweren Corona-Fällen oder krankheitsbedingten Ausfällen wurde der Rat weitgehend verschont, und wir konnten der Krise auch thematisch begegnen und haben die Vorstösse dazu fast alle erledigt. Dass aber kurz nach der Pandemie die demokratische Ordnung in einem europäischen Land durch einen völkerrechtswidrigen Angriff (*Angriffskrieg von Russland in der Ukraine*) ohne Rücksicht auf schutzlose Zivilisten angegriffen werden würde, hätten wir uns nicht vorstellen können, nicht vorstellen wollen und lässt uns macht- und ratlos zurück, trotz dem starken Signal der gemeinsamen Fraktionserklärung aller Fraktionen hier im Rat gegen den Krieg.

Ein Präsidialjahr umfasst, unabhängig vom Weltgeschehen, neben ganz vielen entspannenden Sitzungen auch interessante Anlässe und Begegnungen, und es gibt die Möglichkeit, aus der Blase «Kantonsrat» auszubrechen. Ich hatte also das Glück, nicht wie mein Vorgänger Roman Schmid nur ein reiner Parlamentspräsident mit der einzigen Funktion «Sitzungsleiter» zu sein. Es gab Kontakte mit anderen Parlamentariern aus der Ostschweiz und dem Bodenseeraum und interessanterweise kaum aus dem Nachbarkanton Aargau. Das fiel mir erst auf, als ich ein Forum für Demokratie besuchte und dort kaum jemanden kannte. Ich konnte vor europäischen Abgeordneten einen Vortrag halten zum Verhältnis von Mehrheit und Minderheit, von Opposition und Regierung im Kanton Zürich, eine Tour d'Horizon zu unserem politischen System, das doch sehr besonders ist, das wir schätzen, das die europäischen Partner aber kaum verstanden haben. Und im Rahmen der Geschäftsleitungsreise war schliesslich noch ein spannender Austausch zu Demokratie und Autonomie – und ja, auch Önologie –

im Trentino, Südtirol, möglich. In der Zeit, als coronabedingt kaum oder keine Anlässe stattfinden konnten, habe ich mir selber ein Projekt vorgenommen: eine Kantonsumrundung. Einige von euch haben mich auf der einen oder anderen Etappe begleitet. Es hat Spass gemacht, den Wirtschaftskanton Zürich von der Peripherie her noch besser kennen zu lernen. Er ist äusserst vielfältig und überrascht mit wunderbaren Landschaften und malerischen Ortsbildern.

Im letzten Jahr wurde ich als Kantonsratspräsident oft eingeladen, selbst im Corona-Jahr, zu Anlässen wie Truppenbesuch, Konzert, Sport-Gala, Parlamentarische Bodenseekonferenz, in den Zoo, zur Kapo (*Kantonspolizei*). Und plötzlich ist man VIP beim europäischen Kamel-Züchterverband oder – besonders bewegend, weil wunderbar gesungen wurde – bei der Eröffnung des estnischen Honorarkonsulats oder bei einem Halbmarathon als höchster Zürcher auf den höchsten Zürcher (*gemeint ist das Schnebelhorn, der höchste Gipfel im Kanton Zürich*) und wieder herunter, immer eingeladen in der Rolle als Kantonsratspräsident. Es ist die Rolle, nicht meine Person. Ich hoffe, ich habe die Rolle stimmig ausgefüllt, ich habe die Rolle jedenfalls gerne wahrgenommen. Ich hatte nie das Gefühl, die Rolle spielen zu müssen. Bald übergebe ich diese Rolle und die Rolle der Sitzungsleiterin meiner Nachfolgerin (*Esther Guyer*) und wünsche ihr ebenso viel Freude und Befriedigung in allen Facetten des Amtes als höchste Zürcherin.

Ich freue mich nun wieder auf die angestammte Rolle. Nach drei Jahren neutralen Politisierens – in der Fraktion habe ich schon klar Position bezogen – freue ich mich darauf, mich wieder engagiert mit Voten und Vorstössen, eben ganz politisch, für unseren attraktiven und innovativen Kanton einzusetzen. In diesem Sinne räume ich diesen Stuhl nach der nun anstehenden Wahl gerne. Ihnen allen und besonders dem Präsidium alles Gute. (*Applaus*)

Wahl der Ratspräsidentin

Ratspräsident Benno Scherrer: Gemäss Paragraf 125 des Kantonsratsgesetzes ist geheime Wahl vorgeschrieben.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen als Präsidentin vor:

Esther Guyer, Grüne, Zürich.

Ratspräsident Benno Scherrer: Vorgeschlagen als Kantonsratspräsidentin wird Esther Guyer, Grüne, Zürich. Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Ich weise darauf hin, dass in der Halle ein Foto- und Filmverbot herrscht. Die Zugänge sind jetzt abzusperren. Für die Ermittlung der Präsenz drücken Sie bitte die Taste «1». Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen gebe, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind.

Es sind 178 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	178
Eingegangene Wahlzettel	178
Davon leer	27
Davon ungültig	<u>2</u>
Massgebende Stimmenzahl	149
Absolutes Mehr	75
Gewählt ist Esther Guyer mit	133 Stimmen
Vereinzelte	<u>16 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	149 Stimmen

Herzliche Gratulation zur ehrenvollen Wahl, liebe Esther. Ich wünsche auch dir viel Erfolg und Befriedigung im Amt und bitte dich jetzt, hier auf diesem Stuhl Platz zu nehmen, den ich für dich räume. Die Zugänge können geöffnet werden. (*Applaus. Der abtretende Ratspräsident überreicht der neugewählten Ratspräsidentin einen Blumenstrauss. Esther Guyer nimmt auf dem Präsidentinnensessel Platz.*)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich danke Ihnen allen für das Vertrauen, das Sie mir heute geschenkt haben. Ich freue mich sehr, in dieser Funktion mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Als Erstes aber möchte ich jetzt meinen Vorgänger verdanken und verabschieden. Benno wird jetzt Altkantonsratspräsident und gehört damit zu denjenigen, die jedes Jahr im Spätherbst ein warmes Essen vom Kanton kredenzt be-

kommen (*Heiterkeit*). Es ist übrigens immer ein schöner Anlass und sehr viel Motivation für dieses Amt.

Benno, du hast das Amt vor einem Jahr übernommen. Damals hofften wir, dass die schon abgeschwächte Pandemie endgültig Vergangenheit sei und wieder eine gewisse Normalität Einzug halten wird. Und dann, wir wissen es, dann kam Delta (*Corona-Virus-Mutation*) und das gesellschaftliche Leben ging zurück auf Feld eins. Das politische Leben aber ging weiter. Du warst in dieser harten Zeit als sachlicher und konsensbezogener Politiker genau auf dem richtigen Platz. Du warst immer sehr gut vorbereitet, hast den Esel genauestens studiert und die Fallstricke und allfällige Fehler oder Mängel sofort erkannt. Lieber Benno, du hast die Worte «attraktiv» und «innovativ» zu der Kernbotschaft deines Präsidentschaftsjahres erklärt: «Gouverner c'est prévoir» wäre, so meine ich, ebenfalls passend gewesen.

Die Geschäftsleitung hat dir mit ihrer Bestimmung zu den Redezeiten ein schönes Ei gelegt. Du musstest unzählige Anträge auf Änderung der Debattenart und damit der Redezeit klären lassen. Diese Abstimmungen beschäftigten uns an jeder Sitzung und kosteten sehr, sehr, sehr viel Zeit. Deine mahnende Antrittsrede lässt erahnen, dass das für dich eher ein Gräuel war. Als Belohnung konntest du die kürzeste Budgetdebatte aller Zeiten verbuchen. Das ging sogar so schnell, dass nach der letzten Abstimmung vor Weihnachten nicht einmal ein kaltes Bier für den Bock bereitstand. Aber Sylvie und ich, wir lernen aus der Erfahrung.

Es gab auch eine sehr schwere Zeit, du hast das auch genannt. Du hast Ruedi Lais sehr einfühlsam und mitfühlend begleitet und betreut. Eine Trauerrede für einen Menschen zu halten, dessen Hoffnungen man kannte und mitlebte, war nicht einfach. Du hast die Aufgabe souverän gelöst, obwohl dir sein Tod sehr naheging. Dafür sind wir dir alle sehr, sehr dankbar.

Benno, du hast den ganzen Kanton zu Fuss, mit dem Bike, mit dem Boot umrundet und scheinst dabei deine Liebe zu den Grenzsteinen entdeckt zu haben. Für deinen weiteren persönlichen und politischen Weg – mit oder ohne Grenzsteine – wünschen wir dir alles Gute. Lieber Benno, herzlichen Dank für deine grosse Arbeit. (*Applaus*)
Bevor es das Geschenk gibt, hat das Wort jetzt Michael Zeugin.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Ja, lieber Benno, bevor ich zu deiner Würdigung komme: Esther, auch von unserer Seite ganz herzliche Gratulation zu deiner Wahl als Kantonsratspräsidentin.

Lieber Benno, vor einem Jahr hast du uns in deiner Antrittsrede klar und deutlich gemacht, dass es in diesem ehrenwerten Rat nichts Wichtiges gibt, dass man anstatt in fünf, nicht auch in zwei Minuten sagen kann. In Hinblick auf meine Verdankung an dein Präsidialjahr habe ich mir denn überlegt, ob ich deshalb nicht gänzlich auf meine Rede hier jetzt verzichten und dich einfach in ein paar Sekunden rein funktional verdanken und so auf dein Amtsjahr zurückblicken soll, quasi als Hommage an dein äusserst effizientes Wirken im vergangenen Jahr als unser höchster Zürcher und Kantonsratspräsident. Damit hätte ich ohne Zweifel eine Grenze der Gepflogenheit in diesem Rat überschritten, und eigentlich wäre mir das auch noch ganz recht gewesen, also nicht als Zeichen oder Signal für irgendetwas, sondern ganz einfach, weil ich dann mehr Zeit für meine Familie gehabt hätte, und natürlich auch, weil ich weiss, lieber Benno, dass dir Taten lieber sind als irgendwelche politischen Signale oder Zeichen. Ich hätte mir diese Elternzeit also einfach nehmen können. Doch der Kollateralschaden war mir dann doch zu gross, nicht wegen den Kosten, nein, sondern weil ich damit die letztjährige GLP-Teenager-Partei-These von Altregierungsratspräsidentin Jacqueline Fehr bestätigt hätte. Und so weit geht meine Liebe dann doch nicht, lieber strafe ich sie Lügen.

Dein Präsidialjahr, lieber Benno, war makellos und alles andere als eine selbstgerechte Besserwisserei. Dein Amtsjahr gilt es zu würdigen, und es gibt eben Momente, da ist es auch richtig, etwas in zehn statt in zwei Minuten zu sagen. Zeitgrenzen sind manchmal eben relativ.

Im vergangenen Jahr sind in diesem Rat nebst vielem anderen zwei Dinge passiert: Die Grünliberalen sind mit dir, Benno, im politischen Olymp des Kantons Zürich angekommen. Oder wie es die NZZ damals schrieb: ein Ritterschlag für die Hybrid-Partei. Und ich finde, Benno, du hast das sehr gut gemacht. Wir hätten keinen Besseren aus unseren Reihen für dieses Jahr auf den Bock schicken können. Mit ruhiger Hand, klarer Stimme und klarer Zeit-Glocke hast du den Kantonsrat im vergangenen Jahr geführt und mit dem richtigen Takt durch unzählige Gesetzes-, Vorstoss- und Budgetberatungen hindurch gebracht. Ich glaube, es gab in diesem Jahrhundert noch keinen Ratspräsidenten, der so effizient und zielgerichtet eine Budgetdebatte übers Parkett gebracht hat, wie du, zweifellos eine neue Bestmarke, die so leicht niemand einholen wird. Und ob zur Corona-Krise, zum Beginn des Kriegs in der Ukraine bis hin zum schmerzlichen Verlust von Ruedi Lais, in unseren eigenen Reihen hast du stets auch den richtigen Ton gefunden. Du hast diesen Ritterschlag mit Würde ausgefüllt und

auch dafür möchte ich dir im Namen der ganzen Grünliberalen Fraktion danken.

Zum Zweiten: Wir Grünliberalen sind mit dir nicht nur im Polit-Olymp angekommen, sondern in der Zwischenzeit als Partei auch volljährig geworden. Und da passt ganz besonders deine humanistische Überzeugung. Auch deshalb hast du im vergangenen Jahr immer und immer wieder bewiesen, dass unser Entscheid mit deiner Wahl die richtige Wahl war. Und diese Werte – deine Werte – hast du im vergangenen Jahr vorgelebt und natürlich ganz konkret mit der Kantonsumrundung auch unterstrichen. Dreimal durfte ich dich bei diesen Etappen begleiten und ich finde: Nichts in deinem Amtsjahr verdeutlicht deine humanistische Überzeugung so gut wie dieser Flirt mit unserer Grenze, deine Kantonsumrundung mit all den damit verbundenen Facetten, mit deinem Optimismus, ob bei Regen, Schnee, brennender Sonne oder einfach «gechillt» auf dem Boot über den Zürichsee, deiner Neugier und dem Wissen, dass du laufend vermittelt hast. Denn wer Grenzen entlangläuft, der erfährt so einiges über die eigene wie auch die andere Seite. Diese Neugier, dieser Tatendrang entsprechen dir ganz besonders.

Lieber Benno, du hast in deinem Jahr Grenzen gesetzt, du bist Grenzen entlanggegangen und hast Grenzen überwunden. Mir war deshalb schon von Anfang an klar, was wir als Fraktion schenken möchten. Doch war es leider bis vor kurzem nicht sicher, ob wir es auch wirklich schaffen. Und dann, vor rund zehn Tagen, und mit der Hilfe von Regierungsrat Mario Fehr – herzlichen Dank an dieser Stelle – hat es dann funktioniert. Hier also dein Geschenk.

Wir schenken dir einen Original-Grenzstein des Kantons Zürich, und zwar nicht irgendeinen Grenzstein, sondern den Kantons- und Landesgrenzstein 3a aus dem Kieswerk Hüntwangen. Und weil dieser Stein ganz schön mächtig und schwer ist, wird er an einem von dir festgelegten Tag in deinem Garten in Uster und hoffentlich mit einer kleinen Zeremonie und damit meine ich, lieber Benno, einen Apéro für uns, und in Abwesenheit irgendeiner Grenze neu gesetzt. Und wir freuen uns, wenn wir zusammen mit dir und hoffentlich ein paar bekannten Gesichtern von deiner Kantonsumrundung vor Ort auf deinen ganz eigenen Grenzstein anstossen können. Lieber Benno, zum Grenzstein gehört auch dieser Metallring. Diesen Metallring überreiche ich dir jetzt anstelle des Steins – denn der war mir dann doch zu schwer – und danke dir ganz herzlich für dein glamouröses und erfolgreiches Amtsjahr. Besten Dank. (*Applaus. Michael Zeugin überreicht Benno Scherrer den als Geschenk verpackten Metallring.*)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ja, lieber Benno, jetzt gibt es auch noch den Stein des Kantons – es ist ein «Silberner Löwe», aber auch er steht auf einem dicken, fetten Stein – und natürlich die Blumen. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Benno Scherrer den Silbernen Löwen und einen Blumenstraus.*)

Als Erstes möchte ich mich nochmals herzlich für die Wahl zur Kantonsratspräsidentin bedanken. Die erreichte Stimmenzahl hätte zwar Potenzial gegen oben gehabt, aber wer, wie ich, auch klar und deutlich austeilern kann, muss auch einstecken können. Das ist für mich selbstverständlich, das war es schon immer. Und ausserdem: Die Steigerung ist da. Wenn wir so weitermachen, werde ich in fünf Jahren einstimmig zur Präsidentin gewählt.

Wir leben in einer schwierigen, ja, ausserordentlichen Zeit, es wird sogar von einer «Zeitenwende» gesprochen. Ob dies zutrifft, werden wir allerdings erst in ein paar Jahren abschliessend beurteilen können. Es herrscht Krieg in Europa. In krasser Verletzung des Völkerrechts hat Russland die Ukraine militärisch angegriffen. Dies bedrückt und beschäftigt uns alle. Es stellt uns auch vor Fragen, von denen wir eigentlich meinten, sie seien endgültig beantwortet und vorbei. Nicht weit von uns wird ein konventioneller Krieg mit Panzern und Raketen geführt. Ganze Städte werden dem Erdboden gleichgemacht und Tausende Menschen sind umgekommen. Hunderttausende haben ihr Heim verloren und sind auf der Flucht. Es herrscht – man kann es nicht anders sagen – unsagbares Leid. Der Regierung ist an dieser Stelle einmal herzlich zu danken, dass sie sehr schnell reagiert und Unterkünfte für die Flüchtlinge aus der Ukraine bereitgestellt hat. Ein grosser Kanton wie Zürich ist gut aufgestellt und kann auch grosse Herausforderungen bewältigen, das sehen wir jetzt. Der Dank geht aber ganz besonders auch an die ganze Bevölkerung. Viele nehmen Flüchtlinge auf, und die Bereitschaft zu helfen, ist gross. Ohne die Menschen, die hier arbeiten und Steuern zahlen und ohne die Bereitschaft, sich in all unseren Milizgremien in Kanton und Gemeinden zu engagieren und auch in der Freiwilligenarbeit, ohne das wäre das alles unmöglich. Und noch eine Herausforderung lauert im Hintergrund: Auch wenn Corona nicht mehr die Schlagzeilen dominiert, die Pandemie ist noch da, sie ist nicht vorbei. Was im kommenden Herbst und Winter in dieser Sache passiert, wissen wir alle nicht. Wir haben Hoffnungen, aber wir wissen es nicht. Auch die vergangenen Pandemiejahre stellten alle vor grosse Herausforderungen, nicht zuletzt die Parlamente. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Regierungen in Notzeiten eine starke

Stellung einnehmen. Von entscheidender Bedeutung für die Krisenbewältigung durch Corona war jedoch unsere direkte Demokratie. Weil gegen die Gesetzesbeschlüsse des Parlaments das Referendum ergriffen wurde, konnten sich die Stimmberechtigten zu den Corona-Massnahmen direkt äussern. Wo sonst konnte man das? In zwei Abstimmungen haben sich die Stimmberechtigten für die Regelungen des Bundesrates und der Bundesversammlung ausgesprochen. Damit konnte eine wichtige Legitimation für die Corona-Massnahmen geschaffen und eine allgemeine Akzeptanz hergestellt werden. Das war extrem wichtig.

In diesen schwierigen Zeiten ist es mir wichtig, dass wir unsere Rolle als Kantonsrätinnen und Kantonsräte kennen und unsere Kernkompetenzen stärken. Wir sollten daher unsere Arbeitskraft in erster Linie dafür einsetzen, kluge, verständliche und umsetzbare Gesetze zu erlassen. Die Gesetzgebung ist kein Wunschkonzert für persönliche Befindlichkeiten, und um politische Signale zu setzen, dafür sind die Parteiprogramme oder Parteibeschlüsse da. Die Geschäftsleitung überprüft denn auch zurzeit, ob wir in der Pandemie richtig aufgestellt waren. Genügt beispielsweise der geltende Notstands-Artikel in der Verfassung? Sind weitere Gesetze anzupassen? Was geschieht, wenn wir in einer nächsten Krise nicht mehr physisch tagen können? Diese wichtigen Fragen müssen speditiv angepackt und Lösungen gefunden werden.

Eine weitere Kernaufgabe des Parlaments finden wir in Artikel 57 der Kantonsverfassung. Die heisst, ich zitiere: «Der Kantonsrat übt die Kontrolle über Regierung, Verwaltung und andere Träger öffentlicher Aufgaben sowie über den Geschäftsgang der obersten kantonalen Gerichte aus.» Die Erfüllung dieser Aufgabe stärkt das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Die Aufgabe ist schwierig, kompliziert und aufwendig. Ausserdem braucht es Mut und Standhaftigkeit. Unseren Aufsichtskommissionen kommt nicht immer der Stellenwert zu, den sie eigentlich haben sollten. Wir sind in einem Wahljahr und tun gut daran, uns Überlegungen über die Besetzung der Kommissionen – es braucht viel Erfahrung –, über die Ausbildung der Mitglieder und die Aufwertung der Zusammenarbeit mit den Sachkommissionen zu machen.

Zum Abschluss noch ein paar Worte zum Parlamentsbetrieb: Ich werde Ihnen jetzt bestimmt keine Vorschriften machen zu kurzen, langen Reden oder zu einem möglichst speditiven Ratsbetrieb. Mir ist immer noch allzu sehr bewusst, wie solche Ermahnungen bei mir als Parlamentarierin und als Fraktionschefin immer gewirkt haben, nämlich gar

nicht. Eine Änderung wird es aber trotzdem geben: Ich werde die Rednerliste nach dem Eingang Ihrer Anmeldung gestalten. Es gilt nicht mehr ausschliesslich, dass zuerst die grossen Parteien drankommen und am Schluss die kleinen und die Fraktionslosen. Wer sich zuerst meldet, kommt zuerst. Ich möchte auch wieder einmal betonen, dass alle, entsprechend der Debattenart natürlich, mitreden können, nicht nur die Mitglieder der entsprechenden Kommissionen. Das Wort ist immer für alle offen. Die freie Debatte ist mir sehr wichtig. Geschieht das noch in freier Rede, bereichert das unser Parlament und macht die Arbeit spannender und vielleicht sogar origineller und lustiger; weniger Rede und mehr Debatte halt.

Ich habe mir kein Motto für dieses Jahr ausgedacht, weder eines, das ich einhalten kann, noch eines, das ich nicht einhalten kann. Ich möchte gemeinsam mit Ihnen und der Regierung dieses Wahljahr sinnvoll bewältigen und mich am Schluss zufrieden verabschieden können. Das reicht eigentlich. Ich bin in all den vielen Jahren jeden Montag gern in diesen Rat gekommen. Ich bin sicher, dass sich dies in meinem letzten Jahr nicht ändern wird. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, Danke. (*Applaus*)

Ich möchte jetzt noch unserem Regierungspräsidenten (*Ernst Stocker*) gratulieren: Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, lieber Ernst, im Namen des Kantonsrates gratuliere ich dir sehr herzlich zu deiner Wahl an die Spitze der Regierung. Es ist ja nicht das erste Mal, dass du dieses Amt bekleidest, du weisst also, was auf dich zukommt. Ich wünsche dir in deinem Amt in dieser herausfordernden Zeit alles Gute und freue mich auf eine konstruktive und angenehme Zusammenarbeit mit der Regierung und Dir, als Regierungspräsidenten. So Pandemie will, hoffe ich natürlich, dass wir die eine oder die andere Veranstaltung gemeinsam besuchen und den Kanton Zürich repräsentieren können. Lieber Ernst, nochmal alles Gute, und du kriegst natürlich auch einen Blumenstrauss. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht dem Regierungsratspräsidenten einen Blumenstrauss.*)

Wahl der ersten Vizepräsidentin

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir kommen jetzt zur Wahl des ersten Vizepräsidiums. Gemäss Paragraf 125 des Kantonsratsgesetzes ist auch hier geheime Wahl vorgeschrieben.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der IFK: Vorgeschlagen wird:

Sylvie Matter (SP, Zürich).

Ratspräsidentin Esther Guyer: Vorgeschlagen wird Sylvie Matter. Wird der Vorschlag vermehrt? Nein, das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass in der Halle ein Foto- und Filmverbot herrscht. Die Zugänge sind abzusperren. Für die Ermittlung der Präsenz drücken Sie bitte die Taste «1».

Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen gebe, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind.

Es sind 176 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt und ausgefüllt werden. Es sind die falschen Wahlzettel (*fürs zweite Vizepräsidium*) ausgeteilt worden, höre ich gerade, aber wir haben sie schon ausgefüllt. Können wir jetzt nicht mit den falschen Zetteln weiterfahren? Wir fahren mit den falschen Wahlzetteln weiter. Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	176
Eingegangene Wahlzettel	176
Davon leer	20
Davon ungültig	<u>2</u>
Massgebende Stimmenzahl	154
Absolutes Mehr	78
Gewählt ist Sylvie Matter mit	135 Stimmen
Vereinzelte	<u>19 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	154 Stimmen

Sylvie Matter, ich gratuliere dir herzlich zur ehrenvollen Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht der ersten Ratsvizepräsidentin einen Blumenstrauss.*)

Wahl des zweiten Vizepräsidenten

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Zugänge bleiben gesperrt. Wir kommen zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten, auch hier ist geheime Wahl vorgeschrieben.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der IFK: Vorgeschlagen ist:

Jürg Sulser, SVP, Otelfingen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Ich mache darauf aufmerksam, dass in der Halle ein Foto- und Filmverbot herrscht.

Wiederum gehen wir folgendermassen vor: Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen gebe, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind.

Es sind 178 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden. Es steht jetzt also drauf, von Hand geschrieben: Zweites Vizepräsidium. Danke.

Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	178
Eingegangene Wahlzettel	178
Davon leer	21
Davon ungültig	<u>4</u>
Massgebende Stimmenzahl	153
Absolutes Mehr	77
Gewählt ist Jürg Sulser mit	112 Stimmen
Vereinzelte	<u>41 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	153 Stimmen

Ich gratuliere Jürg Sulser zur ehrenvollen Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt. Jetzt muss er nur noch kommen. (Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht dem zweiten Ratsvizepräsidenten einen Blumenstrauss.)

Die Zugänge können natürlich wieder geöffnet werden, Entschuldigung.

Wahl des Kantonsratssekretariates

Ratspräsidentin Esther Guyer: Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der IFK: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti),
Pierre Dalcher (SVP, Schlieren),
Qëndresa Hoxha-Sadriu (SP, Opfikon).*

Ratspräsidentin Esther Guyer: Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder des Sekretariates und der Geschäftsleitung als gewählt. Ich gratuliere ihnen zur Wahl. (Applaus)

Wahl der übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Gemäss Paragraph 20 Absatz 1 litera d Kantonsratsgesetz sind die Präsidentinnen und Präsidenten der Fraktionen Mitglieder der Geschäftsleitung. Durch ihre Wahl in den Fraktionen und durch Meldungen an die Geschäftsleitung stellen wir nun fest, dass nach Paragraph 20 Absatz 1 litera d Kantonsratsgesetz Mitglied der Geschäftsleitung sind:

*Markus Bischoff (AL, Zürich),
Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti),
Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach),
Beatrix Frey (FDP, Meilen),
Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen),
Markus Schaaf (EVP, Zell),
Markus Späth (SP, Feuerthalen),
Michael Zeugin (GLP, Winterthur).*

Wird dieser Feststellung widersprochen? Dem ist nicht so. Wir haben die Wahl festgestellt.

Dann sind gemäss Paragraph 20 Absatz 1 litera d Kantonsratsgesetz noch drei weitere Mitglieder der Geschäftsleitung zu wählen.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der IFK: Vorgeschlagen sind

*Dieter Kläy (FDP, Winterthur),
Benno Scherrer (GLP, Uster)
Urs Waser (SVP, Langnau a. A.)*

Ratspräsidentin Esther Guyer: Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Werden die Vorschläge vermehrt? Auch das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder der Geschäftsleitung als gewählt. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion KR-Nr. 257/2018 betreffend Jugendschutz auf E-Zigaretten & Co. ausweiten

Antrag des Regierungsrates vom 23. Februar 2022 und gleichlautender Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 31. März 2022

Vorlage 5800a (*schriftliches Verfahren*)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir haben schriftliches Verfahren beschlossen. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt Ihnen, die Fristerstreckung zu genehmigen. Es gingen innert Frist keine anderslautenden Anträge ein. Ich stelle somit fest, dass Sie dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission zugestimmt haben.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Anti-Littering – Grundlage für Bussen

Parlamentarische Initiative Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), Maria Rita Marty (SVP, Volketswil), Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) vom 4. Oktober 2021

KR-Nr. 354/2021

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Littering ist ein Problem, welches die Bevölkerung sehr stört. Durch unsere 24-Stunden-Gesellschaft nimmt Littering leider zu, insbesondere in Städten und Agglomerationen. Gerade in den Abendstunden versammeln sich oft junge Menschen draussen, die Pandemie (*Corona-Pandemie*) hat dies noch verstärkt. Leider wird der Abfall oft liegengelassen, selbst wenn es in der Nähe eine Mülltonne gäbe. Dies muss endlich richtig sanktioniert werden. Leider haben die bisherigen Massnahmen gegen Littering, wie Aufklärung an den Schulen oder Informationskampagnen, zu we-

nig Wirkung gezeigt. Die Säuberungsteams kommen oft gar nicht mehr richtig durch bis zum Morgen. Auf Weiden und an Strassenrändern bleiben die Abfälle sowieso liegen, was auch verheerende Auswirkungen auf die Umgebung und die Tierwelt hat.

Gewisse Gemeinden haben in der Polizeiverordnung Massnahmen, wie geringfügige Bussen, gegen Littering festgehalten, andere haben keine Grundlagen festgelegt. Die Bussen sind zwischen 50 und 80 Franken oft sehr tief. Generell sind die Gemeinden etwas machtlos und haben zu wenig Ressourcen. Eine höhere Busse von 200 Franken wirkt hier abschreckend. Es braucht mehr Einheitlichkeit und eine kantonale Grundlage. Die Nachtpatrouille sollte diese Möglichkeit zur Verhängung von spürbaren Bussen mehr nutzen können, wenn sie Personen in flagranti erwischt, die ihren Abfall liegenlassen. Allenfalls könnten auch Mittel aus einem kantonalen Fonds, zum Beispiel Naturschutzfonds, zur Unterstützung von Polizeikontrollen beigesteuert werden. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es eine kantonale Grundlage für die Erteilung von Bussen in der kantonalen Abfallverordnung oder im kantonalen Abfallgesetz braucht, welche auch als Abschreckung dient. Danke für ihre Unterstützung.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Ich spreche zu den beiden parlamentarischen Initiativen 354/2021 und 355/2021, die beiden PI behandeln dasselbe Problem: die anhaltende und verstärkte Vermüllung der Umwelt, auch «Littering» genannt. Absolut unbestritten ist, dass es zunehmend schwieriger wird, diesem Problem entgegenzutreten. Das Problem wurde aber in der jüngeren Vergangenheit wegen Corona zusätzlich verstärkt, was uns mindestens hoffen lässt, dass es sich auch wieder ein wenig entschärfen könnte. Unbestritten ist auch, dass hier die Gemeinden in der Pflicht sind, und dies auch bereits heute mit der bestehenden Gesetzesgrundlage. Die Gemeinden tun dies mit mehr – oder oft auch weniger – Elan und mit mehr oder weniger grossem Ressourceneinsatz. Und genau hier liegt der sprichwörtliche Hund begraben: Von wo nehmen die Gemeinden oder meistens die Polizeikorps die nötigen Leute, um den Abfallverursachern, hinterherzukommen, besonders dann, wenn die Gerichte verlangen, dies wohl auch richtigerweise verlangen, dass die Abfallsünder auf frischer Tat ertappt werden müssen. Dass dies beispielsweise beim Wegwerfen von Raucherwaren, von Kaugummis oder Ähnlichem nicht einfach ist, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Nun, die Rechtslage ist eigentlich klar: Bereits das eidgenössische Umweltgesetz und das kantonale Abfallgesetz, insbesondere Paragraf

35, geben durchaus klare Anweisungen. Es stockt aber der Vollzug; einerseits, weil die Gemeinde zu wenig Ressourcen haben, oder dann, weil sie die entsprechende Polizeiverordnung nicht angepasst haben. Helfen hier die PI? Nein, nicht wirklich. Ja, die Polizeiverordnungen müssten wohl nicht angepasst werden, dies ist ein Schritt nach vorne. Zusätzlich werden die Bussenhöhen vereinheitlicht. Uns stört aber, dass wir diejenigen Gemeinden bestrafen, die bereits heute vorbildlich sind, weil diese nun die Verordnung allenfalls wieder rückgängig machen müssen – geschenkt. Das Problem der nicht vorhandenen Ressourcen beziehungsweise des vorbildlichen Umsetzens der Regeln im ganzen Kanton durch die einzelnen Polizeikorps lösen aber die zwei PI nicht. Vielmehr müssen die einzelnen Gemeinden endlich, endlich tätig werden. Hier reicht die SP, ohne dass wir dann in Richtung Polizeistaat abdriften, der SVP gerne die Hand. Auf Kantonsebene müsste das Problem vielschichtiger angegangen werden. Hier wäre es schön, wenn wir auch die Meinung des Regierungsrates hören könnten. Dazu bräuchte es aber eher ein Postulat und nicht zwei parlamentarische Initiativen. Wir lehnen die beiden PI ab, weil wir nicht daran glauben, dass in der weiteren Behandlung der PI das berechtigte – ich wiederhole es: das berechtigte – Anliegen so sinnvollerweise gelöst werden kann.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Die neue Redeordnung macht sich schon bemerkbar. *(Die Ratspräsidentin hat die Redeordnung geändert, indem diese sich nicht mehr nach der Fraktionsgrösse richtet, sondern drankommt, wer seinen Redewunsch mit dem Druck auf die entsprechende Taste zuerst geäussert hat.)* Ich musste nach vorne sprinten und war nicht, wie sonst immer, erst als Fünfte dran. Auch ich werde zu beiden PI gleichzeitig sprechen, sie sind ja thematisch sehr eng miteinander verwandt.

Ja, liebe SVP, wir freuen uns sehr, dass auch Sie jetzt das Thema «Umweltschutz» entdeckt haben und da Ihre ersten Schritte probieren. Leider haben Sie sich halt ein Thema ausgesucht, das schon seit Jahrzehnten beackert wird. Es gibt viel Forschung in diesem Bereich, es gibt viel Praxiswissen in dem Bereich. Es gibt auch bereits Regulierung gegen Littering, und Ihre PI können da leider Gottes nichts Neues dazu beitragen. Gemeinden können bereits Bussen aussprechen. Sie tun das teilweise auch, wenn sie das möchten. Selbstverständlich sind die Gemeinden auch für den Vollzug des Ablagerungs- und Verbrennungsverbots zuständig. Das steht auch bereits im Gesetz, das müssen Sie nicht noch mehr ausdetaillieren. Und eine kleine Recherche hätte

Ihnen gezeigt, dass es bereits sehr viele Informationen und Tools gibt für Gemeinden zum Thema Littering. Das AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) hat auf seiner Website einen eigenen Bereich dazu. Es gibt einen Praxisleitfaden für Gemeinden, es gibt viele Interessensgemeinschaften, es gibt eine Littering-Tool-Box, die frei verfügbar ist im Internet. Die Gemeinden haben also bereits zahlreiche Hilfsmittel. Sie dürfen Bussen erheben. Die Stadt Zürich macht das zum Beispiel. Dort können Sie mit 80 Franken gebüsst werden, wenn Sie Abfall wegwerfen.

Und leider ist es eben auch so, dass Bussen kein probates Mittel sind, um Littering zu beheben. Ich zitiere aus der Tool-Box, die ich vorhin erwähnt habe, dort steht, Zitat: «Die Erfahrungen aus Praxis und Wissenschaft haben gezeigt, dass Massnahmen gegen Littering an die lokalen Umstände der entsprechenden Räume angepasst sein müssen. Es gibt keine Patentrezepte, die rasche Verbesserung versprechen. Das Vorgehen gegen Littering ist eine fachübergreifende Aufgabe, die über mehrere Ebenen ansetzen muss und am besten über einen ausgewogenen Mix von verschiedenen Massnahmen verfügt.» Bussen können hier also durchaus ein Puzzleteil sein, aber eben nur ein Puzzleteil und nur ein kleines. Die Voraussetzung dafür, dass Bussen funktionieren, ist, dass erstens bekannt sein muss, dass Bussen verhängt werden können, und die Wahrscheinlichkeit, dass man erwischt wird, muss hoch sein, sonst nützen die nichts. Und da liegt eben auch der Hund begraben, das wurde bereits gesagt. Es ist oft ein Problem, hier Bussen durchzusetzen. Der Aufwand ist oft unverhältnismässig hoch, um das tun zu können. Und ich sehe auch einen gewissen Widerspruch in Ihren PI: In der einen PI schreiben Sie nämlich, die Gemeinden seien machtlos und hilflos oder sie hätten zu wenig Ressourcen, und in der anderen PI fordern sie einen gnadenlosen Vollzug, und das widerspricht sich ein bisschen. Und wir Grüne finden grundsätzlich, dass die Gemeinden das selber entscheiden sollen, welche Mittel sie wie einsetzen, das können die durchaus. Ja, inhaltlich sind Ihre Ideen also leider weder besonders innovativ noch besonders wirkungsvoll.

Dann möchte ich noch ein paar Worte zum Staatsverständnis und zum Menschenbild, das aus diesen PI spricht, verlieren. Ich zitiere: Es sei angebracht, dass effektive repressive Massnahmen eingesetzt werden, um Fehlbare zu erziehen. «Was die Kinderstube verpasst hat, muss nun der Staat bewerkstelligen.» Ja, liebe SVP, es ist wahrhaftig nicht Aufgabe des Staates, seine mündigen Bürgerinnen und Bürger zu erziehen. Dann schreiben Sie auch, dass angeblich nur Sanktionen Handlungsweisen ändern können, und das ist aus fachlicher Sicht lei-

der falsch. Bestrafungen können zu Verhaltensänderungen führen, aber sie sind eigentlich nie das effektivste Mittel dazu. Den grössten Einfluss auf menschliches Verhalten hat fast immer die Situation. Die können Sie beeinflussen, indem Sie zum Beispiel keine Einwegbinde abgeben; das Thema hatten wir letzte Woche im Rat (*KR-Nr. 425/2021*). Sie können ausreichend Abfallkübel aufstellen, an soziale Normen appellieren, alles Mögliche. Auf alle Fälle sollte man immer versuchen, die Situation zu verändern und nicht die Menschen. Fazit also: Die beiden PI sind unnötig – es gibt bereits die gesetzlichen Grundlagen –, sie sind auch unwirksam, und die Grünen werden daher beide PI nicht unterstützen.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Ich spreche auch gleich zu beiden PI und versuche, das bereits Gesagte nicht zu wiederholen. Wir sind uns einig, Littering ist ein Problem, die Herausforderung ist aber effektiv, Littering direkt zu begegnen. Man kann nicht dauernd auf allen Picknickplätzen irgendwo Aufpass-Personal aufstellen, die Verstösse dann entsprechend auch ahnden können. Es ist also ein Vollzugsproblem und nicht ein Problem der fehlenden gesetzlichen Grundlagen. Und dann sind wir ja in einem Kanton, der ganz verschiedene Gemeinden hat, und deshalb ist es auch richtig, dass dieses Problem auf Ebene der Gemeinde geregelt wird und nicht kantonale. Die gesetzlichen Grundlagen mit dem Abfallgesetz auf kantonaler Ebene sind absolut ausreichend, damit die Gemeinden entsprechend ihrem Störgefühl, das dort vorhanden ist, dann konkret das richtige Massnahmenpaket schnüren und auch büssen können, wenn das notwendig ist. Ich bin in unserer Gemeinde nun nicht mehr Abfallverantwortlicher, ich war es aber eine Zeit lang, und wir haben durchaus Übeltäter gebüsst, wenn wir sie feststellen konnten. Und die Bussen waren auch durchaus signifikant, sodass diese Übeltäter eine Wiederholung auch nicht mehr in Betracht gezogen haben. Aber wie gesagt: Besser ist es vorzusehen, mit Informationen zu sensibilisieren, damit das Littering gar nicht stattfindet, und nicht nachrangig versuchen, das Problem mit Bussen zu lösen. In diesem Sinn wird die FDP beide PI nicht unterstützen.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Im Abfallgesetz besteht bereits eine Strafbestimmung zu Littering. In der bereits bestehenden kommunalen Polizei- und Abfallordnung können die Gemeinden für Littering Bussen erteilen, was einzelne Gemeinden auch machen. Nun auf kantonaler Ebene allgemeine Massnahmen gegen Littering einzu-

führen, führt kaum zum Ziel, denn massgebend sind die örtlichen Umstände in den Gemeinden. Also Littering in Dübendorf ist anders als Littering in Elgg, das muss auch unterschiedlich angegangen werden. Wichtig ist: In sehr wenigen Fällen werden die Verursacherinnen und Verursacher von Littering in flagranti erwischt. Was beim Schnellfahren auf den Strassen mithilfe der Blitzkästen funktioniert, geht beim Littering nicht. Das ergänzte Gesetz könnte demnach gar nicht umgesetzt werden. Ein Gesetz, bei dem von vornherein klar ist, dass es nicht umgesetzt werden kann, soll auch nicht eingeführt werden. Damit entfällt auch die abschreckende Wirkung von Bussen, die ja nicht verteilt werden.

Ganz wichtig ist für die Grünliberalen noch dies: Die Initiantinnen schlagen vor, Geld aus dem Naturschutzfonds zur Unterstützung für die Bussenerteilung zu nutzen. Da möchte ich daran erinnern, dass das Geld aus dem Naturschutzfonds an Projekte zur Förderung der Biodiversität geht, ganz sicher nicht an die Polizeiarbeit. Die Grünliberalen werden diese PI nicht vorläufig unterstützen.

Ich spreche auch gleich zur zweiten PI, die Littering betrifft (*KR-Nr. 355/2021*). Ja, Littering ist ärgerlich und unnötig, das wissen wir alle. Littering verursacht Kosten und richtet grossen Schaden an. So weit gehen wir mit den Initiantinnen einig. Das jetzige Abfallgesetz nimmt die Gemeinden jedoch bereits in die Pflicht, um für den Vollzug zu sorgen. Ein ergänzendes Durchsetzungsgesetz macht die Vollzugsaufgabe der Gemeinden jedoch nicht einfacher und auch nicht verbindlicher. Auch diese PI werden die Grünliberalen nicht vorläufig unterstützen.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Ich spreche zu dieser und auch zur nächsten PI. Es ist bereits möglich, Bussen wegen Litterings zu verteilen. Die Frage ist nur: Wie und wann soll es und kann es durchgesetzt werden? Wie viel Aufwand, Unruhe und sogar Ärger ist es wert, an einem schönen Abend feiernde, oft junge Menschen zu kontrollieren und allenfalls wegen Litterings zu büssen? In dieser PI wird sogar von «Tätern» und «Täterinnen» gesprochen. Auch ich störe mich daran, wenn ich am Sonntagmorgen am Platzspitz vorbeikomme und die ganze Ufermauer ist voll Müll. Dennoch ist es mir lieber, die Leute lassen ihn einfach dort liegen, als dass sie ihn in die Limmat werfen, wenn sie eine Polizei-Patrouille auftauchen sehen. Die Gemeinden haben genügend Möglichkeiten, gegen Littering vorzugehen, und es soll den Gemeinden überlassen werden, wie und ob sie das tun. Im Abfallgesetz müssen weder Artikel detaillierter formuliert noch

zusätzliche aufgenommen werden. Littering ist ärgerlich, aber es kann nicht sein, dass wir Polizisten einsetzen, um Litterer zu jagen. Ich habe die Ehre, hier auch für die EVP-Fraktion zu sprechen. Die Mittefraktion und die EVP-Fraktion unterstützen beide PI nicht.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ich bin etwas überrascht, dass ich heute hier spreche, weil das neue Amtsjahr ohne Lob und langes Leiern, das sonst üblich ist, in Angriff genommen wurde. Aber dafür danke ich Ihnen.

Nun ja, wir haben hier zwei Vorstösse, zwei Empörungsvorstösse oder vielleicht, wie soll ich sagen – ich weiss nicht, ob Sie jeweils auf Social-Media unterwegs sind –, Social-Media-Posts, die sich über irgendeinen Abfallberg aufregen, verpackt in zwei parlamentarische Vorstösse. Ja, ich rege mich teilweise auch darüber auf, wenn Leute irgendwo auf den Boden spucken, das finde ich auch hässlich. Die Frage ist: Will man damit kantonale Politik machen und ist das unsere Zuständigkeit? Und da muss man klar sagen: Nein, das ist nicht unsere Zuständigkeit, das gehört einmal klar in die Gemeindepolitik. Ich finde es aber trotzdem noch bemerkenswert, wenn hier wieder genau Politiker, die ansonsten weniger Staat fordern, klar mehr Staat fordern, und dies in einer «Lehrer-Lämpel-Manier» (*Anspielung auf «Lehrer Lämpel» im Buch «Max und Moritz» von Wilhelm Busch, deutscher Zeichner und Dichter*). Sie wollen quasi sofort Strafaufgaben verteilen und meinen, damit werde das ganze Problem gelöst. Nun ja, für Erwischte wird das vielleicht frustrierend sein bei – gemäss dem einen Vorstoss – 200 Franken. Inwiefern das sofort durchsetzbar ist, ohne das Staatsbudget mehr zu belasten, ist die andere Frage. Aber da Sie hier in die Gemeindepolitik eingreifen, nehme ich an, dass das Gemeindebudget mehr belastet wird. Ich bin auf jeden Fall mehr der Überzeugung, dass es hier allgemein ein gemeinsamer Effort ist und es Zivilcourage braucht. Wenn Sie Leute sehen, die ihren Abfall nicht wegräumen, und diese ansprechen, dann nützt das wesentlich mehr, als hier heute Morgen mehr Polizei zu fordern. Daneben ist es, wie schon gesagt, Gemeindezuständigkeit, dafür brauchen wir keine kantonalen Gesetze. Es ist eine überflüssige Debatte, die wir hier führen, die AL wird beide Vorstösse ablehnen. Besten Dank.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte noch einige Worte zu den Voten meiner Vorredner verlieren: Es ist so, dass es bei den Mitteln, bei der Polizei, beim Vollzug sehr wohl Sinn macht, wenn kantonale Fonds, zum Beispiel der Naturschutz-

fonds, zwecks Unterstützung geprüft werden, weil es sehr wohl die Landschaft stört und nachweislich auch die Tierwelt. Natürlich kann man nicht alle ahnden, aber gerade deshalb braucht es ja eine Busse, die genug hoch ist und auch abschreckend wirkt. Manchmal haben wir das Gefühl, dass es vor allem stört, weil es von der SVP kommt, weil es in Ihren Augen der falsche Absender ist. Es ist nachweislich so, dass Littering stark zugenommen hat und die derzeitigen Massnahmen einfach zu wenig nützen. Da sind wir uns eigentlich einig. Es sind bereits heute genügend Abfallkübel aufgestellt und es ist eigentlich alles vorhanden. Aber die Abfallsünder müssen einfach nichts befürchten. Mit vielen Gemeindevertretern war ich auch im Gespräch, und es gibt derzeit grosse Unterschiede in den Gemeinden. Und gerade deshalb bräuchte es eine kantonale Grundlage, auf die man sich stützen könnte und mit der man mehr Möglichkeiten hätte, um die Leute zu büssen. Und gerade deshalb braucht es höhere Bussen, zum Beispiel 200 Franken, weil das auch als Abschreckung dient. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 354/2021 stimmen 46 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Änderung § 35 Abfallgesetz des Kantons Zürich (AbfG) – Anti-Littering – Effektive Ahndung

Parlamentarische Initiative Maria Rita Marty (SVP, Volketswil), Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht) vom 4. Oktober 2021

KR-Nr. 355/2021

Maria Rita Marty (SVP, Volketswil): Ich gratuliere Ihnen (*gemeint ist die Ratspräsidentin Esther Guyer*) persönlich zur Wahl und ich freue mich auf eine Zusammenarbeit und auf gerechte Entscheidungen.

Also ich sehe, dass ich eigentlich für nichts da vorne bin, denn die Initiative wird nicht unterstützt, Sie wollen dieses Problem nicht angehen. Wir haben ein Littering-Problem, wir müssen das lösen, Sie wollen es nicht lösen. Sie wollen nur Bashing gegen die SVP machen, das ist das Einzige, was Sie interessiert, anstatt das Problem zu lösen. Wir haben Abfallhalden in der Stadt nach einem Fest. Wir haben es bereits jetzt im bisherigen Text des Gesetzes – es wird kantonal geregelt für diejenigen, die so Supervoten abgegeben haben, dass es keine kantonale Regelung brauche –, es wird schon jetzt kantonal geregelt. Ein Blick in das Gesetz würde solche peinlichen Voten vermeiden. Der bisherige Text lautet wie folgt: «Die Gemeinden sorgen für den Vollzug des Ablagerungs- und Verbrennungsverbotes.» Denn im Abfallgesetz ist es kantonal geregelt, wie das zu funktionieren hat. Es ist eine kantonale Angelegenheit, aber eben, das ist halt nicht für alle begreiflich. Neu möchten wir, dass die Gemeinden auch wirklich besorgt sind, dass sie Zuwiderhandlungen effektiv mit geeigneten Massnahmen ahnden. Diese sind möglich, das hat sich ja jetzt gezeigt bei der Bussenverteilung wegen Covid-Verstössen (*Corona-Pandemie*), es geht also wunderbar, plus kann es mit Bussen wunderbar finanziert werden. Also wenn Sie mal nach einem Fest oder während des Festes, des Züri-Festes, an einer Ecke stehen, nur zehn Minuten lang, dann haben Sie nur dadurch, zehn Minuten lang, den Lohn von zehn Polizisten für einen Monat mit Bussen finanziert. Also das wäre auch kein Problem, es ist alles machbar, wenn man es machen will. Denn wir haben ein Problem. Die Schweiz war früher ein sauberes Land, alle haben auf die Schweiz geschaut. Jetzt ist es nicht mehr so, es ist eine Abfallhalde. Während eines Festes haben wir Abfallhalden hier, man kann nicht durch die Strassen schreiten, ohne dass man sich die Füsse verletzt. Man kann nicht mit Sandalen an ein Züri-Fest gehen, aber das interessiert ja hier niemanden. Wir haben die Möglichkeit, die Gemeinden können dazu verpflichtet werden, denn es gibt jetzt bereits die Möglichkeit der Erhebung einer Busse bis zu 50'000 Franken. Aber wir wollen ja nicht übertreiben, 50 Franken, 200 Franken, aber nicht einmal dies wird verteilt. Also stundenlang wird unsere Stadt «verschandelt» und die Gemeinde Zürich unternimmt nichts. Nach dieser Gesetzgebung wäre sie nachher verpflichtet, etwas zu unternehmen. Sie wollen das Problem nicht ändern, das ist schade, Sie wollen wie üblich SVP-Bashing machen, statt Probleme zu lösen. Wir wollen Probleme lösen, Sie nicht. Das ist ein Fakt, und das finde ich so schade. Ich finde es einfach schade, dass Sie dieses Problem nicht angehen möchten, sondern es wird immer schlimmer. Und Zuwider-

handlung zu sanktionieren ist die einzige Möglichkeit, das wissen Sie ganz genau. Haben Sie wirklich das Gefühl, dass die Mehrheit der Bevölkerung mit 120 Stundenkilometer über die Autobahn fahren würde, wenn es nicht geahndet würde? Haben Sie wirklich dieses Gefühl, dass Bussen nichts nützen? Bussen nützen überall und vor allem effektive Massnahmen nützen. Bereits bei einer Kontrolle, wenn nur schon jemand dort steht, ohne eine Busse zu verteilen, ist es so, dass jemand dann nicht mehr den Abfall auf den Boden wirft. Das ist eine Tatsache, aber Sie wollen das Problem eben nicht lösen. Danke.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Liebe Frau Marty, was Sie da als Wahrheit verkünden, ist einfach Ihre persönliche Meinung. Leider trifft sie hier nicht zu. Ich habe das vorhin ernst gemeint. Ich habe nicht ein SVP-Bashing betrieben, sondern ich habe mich durchaus inhaltlich damit auseinandergesetzt. Schon vor 20 Jahren in meinem Psychologiestudium war Littering ein Thema, und es ist einfach nicht so, dass Bussen das ultimative Mittel sind. Ja, Sie können ein Teil sein, aber ich habe ja auch zitiert. Es gibt durchaus inhaltliche Argumente und es gibt Forschung, es gibt Praxiswissen, es gibt da wirklich ganz viele Unterlagen, die zeigen: Bussen können ein kleiner Puzzlestein sein, aber sie sind nicht «the silver bullet», um dieses Problem zu lösen. Das ist schlichtweg falsch, und ich möchte das nicht unwidersprochen stehenlassen.

Maria Rita Marty (SVP, Volketswil) spricht zum zweiten Mal: Diejenigen, die viel reisen, kennen vielleicht Singapur, die anderen halt eben nicht. In dieser Stadt ist es immer sauber – dank den Bussen. Aber ich möchte hier anfügen: Wenn man meinen Text liest, steht nichts von Bussen. «Durch effektive Massnahmen» steht hier und nichts anderes, was auch immer diese sind. Klar sind Bussen effektive Massnahmen, sehr effektiv, wie man in anderen Gebieten sieht, sehr effektiv. Sie wollen ja nicht im Ernst behaupten, dass Parkbussen nicht effektiv sind. Aber eben, «Massnahmen» steht hier. Aber wenn Sie es natürlich nur auf die Bussen herabbrechen möchten, dann lassen wir doch das. Aber es wäre doch schön, wenn man parlamentarische Initiativen jeweils lesen würde. Danke.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 355/2021 stimmen 48 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Verschiedenes

Rücktrittserklärungen

Rücktritt aus der Kommission für Planung und Bau von Josef Widler, Zürich

Ratspräsidentin Esther Guyer: Es gibt einen Rücktritt, und zwar aus der Kommission für Planung und Bau (KPB). Josef Widler hat seinen Rücktritt aus der KPB bekannt gegeben. Vielen Dank.

Einladung zum Apéro riche

Ratspräsidentin Esther Guyer: Nun kommen wir zum Schluss der Sitzung, jetzt wird nur noch gefeiert.

Ich möchte Ihnen noch unsere Equipe vorstellen: Wir haben heute, um zu feiern, dass wir überhaupt wieder festen können – auch in diesem Saal – einen Apéro très, très, très riche organisiert. Verantwortlich ist das Team um José Barrasa. Er ist der Betriebsleiter der «WAGI S»-Gastronomie. Sie kennen das in Schlieren, wir waren schon da, und das ist sein Team. Dann haben wir den Wein, der kommt von Nadine Saxer. Ich habe keinen «Chilehügler» aus der Stadt Zürich bestellt, muss ich ehrlich zugeben, sondern einen feinen Wein von Nadine Saxer. Es gibt einen Weisswein, einen Chardonnay, und der Rote ist ein Cabernet Pinot, ich glaube, Sie werden das geniessen.

Und für mich natürlich wichtig ist auch ein Bier. Dazu habe ich dann doch wieder regional zugegriffen. Es ist die Brauerei Oerlikon, die das Bier gebraut hat. Es ist ein handgemachtes Bier und die Brauerei macht das in der Kreislaufwirtschaft: Der Treber, also der Rest, wird dann weiter an die Tiere auf einem Hof verfüttert, daraus gibt es dann wieder Würste. Wir haben drei Biere: Es gibt ein «Oerli-Kölsch», das ist das Klassische, und dann zwei verschiedene IPA (*India Pale Ale*). Ich hoffe, Sie geniessen auch das.

Ich freue mich jetzt, Sie zu einem wirklich feinen Apéro einladen zu dürfen, geniessen Sie das! Und ich freue mich weiter auf die Zusam-

menarbeit mit Ihnen. Ich wünsche einen schönen Tag. Besten Dank.
(Applaus)

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– **Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft: Ist der Kanton Zürich ein vorausschauender Eigentümer?**

Anfrage *Beatrix Frey (FDP, Meilen), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Alex Gantner (FDP, Maur)*

– **Politische Einflussnahme der ZKB auf Volksabstimmung**

Anfrage *Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach), Orlando Wyss (SVP, Dübendorf)*

Schluss der Sitzung: 11.30 Uhr

Zürich, den 2. Mai 2022

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 30. Mai 2022.